

Die Knackpunkte in der Mietrechtsreform

Einigung vertagt. Die SPÖ pocht auf Festschreiben der Zu- und Abschläge im Gesetz

Seit Jahren ringen SPÖ und ÖVP um ein neues Mietrecht, das fairer und transparenter sein soll. Wie berichtet, scheiterte eine Einigung am Mittwoch in letzter Minute. Don-

nerstag präsentierte SPÖ-Klubchef Andreas Schieder gemeinsam mit Wohnbausprecherin Ruth Becher den aktuellen Stand der Verhandlungen. „Aus unserer Sicht ist dieses Papier unterschiftsreif“, sagt Becher.

Kernstück der Reform soll aus SPÖ-Sicht die Beseitigung des unübersichtlichen Dschungels an Zu- und Abschlägen zu den Miet-Richtwerten sein. Das jetzige System sei für die Mieter nicht nachvollziehbar und führe häufig zu erheblichen ungerechtfertigten Erhöhungen des Mietzinses. „Laut Arbeiterkammer zahlt jeder Mieter im Schnitt 200 Euro zu viel“, rechnet Becher vor.

Die Zu- und Abschläge sollen nun klar definiert und direkt ins Gesetz geschrieben werden. Um der ÖVP entgegenzukommen, kann man sich bei der SPÖ einen neuen Sonderzuschlag für Luxuswohnungen vorstellen.

Befristete Verträge

Ein zweiter Knackpunkt ist die Entschärfung der Befristungen. Geht es nach der SPÖ soll die Mindestdauer für eine Befristung von drei auf



APA/GEORG HOCHMUTH

Becher (SPÖ) hofft auf eine Einigung mit der ÖVP im Herbst

fünf Jahre angehoben werden, dazu soll es eine Verlängerungsoption auf weitere fünf Jahre geben.

Man habe sich in diesen und weiteren Punkten bis auf Details prinzipiell mit der ÖVP einigen können. Umso überraschter sei man, dass es doch zu keinem Abschluss gekommen sei. Schieder ist dennoch optimistisch, dass die Novelle mit 1. Jänner 2017 in Kraft tritt.

„Wesentliche Forderungen konnten nicht geklärt werden“, sagt hingegen ÖVP-Wohnbausprecher Johann Singer. So gehe es etwa um Investitionsanreize für Sanierungen von Wohnhäu-

sern und Maßnahmen für „mehr Mieter-Gerechtigkeit“. Konkret fordert die ÖVP etwa die Abschaffung langjähriger Privilegien im Mietrecht. Die derzeitige Regelung lasse es zu, dass Wohnungen zum immer gleich bleibenden Mietzins vererbt werden dürfen. Singer: „Das führt zu der absurden Situation, dass wohlhabende Personen in einer großen, gut ausgestatteten Wohnung einen vergleichsweise niedrigen Mietzins zahlen, während etwa eine Jungfamilie für eine ähnliche Wohnung nebenan um ein Vielfaches mehr zahlen“ müsse. „Es ist nur zu verständlich, dass die ÖVP diesen Weg der Marktregulierung nicht mitgehen kann“, sagt Martin Prunbauer, Präsident des Haus- und Grundbesitzerbundes, zu den SPÖ-Forderungen. Nur durch eine Liberalisierung würden mehr Wohnungen auf den Markt kommen.

Ein einfaches, einheitliches Mietrecht mit wirksamen Obergrenzen sei unabdingbar, heißt es hingegen bei der Arbeiterkammer, „damit Wohnen spürbar billiger wird“.

— JOSEF GEBHARD



KURIER.at/Pammesberger